

für Halle monatlich bei zweimaliger
Ausstellung 2.00 Mark, vierteljährlich
6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark
anzahl. Zustellungsgebühr, Einzel-
nummer 15 Pf. Bei Abnahme werden
von allen Bestellungen Postgebühren
entnommen. Im amtlichen Zeitungs-
verzeichnis unter: Halle-Zeitung einge-
tragen. Für unentgeltlich eingegan-
gene Manuskripte wird keine Gewähr
übernommen. Hierfür nur mit der
Quellenangabe „Halle-Zeitung“ ge-
setzt. Ferner der Carlshofung Nr.
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1142
2.1418, der Bezugs-Abt. Nr. 1133;
Postfach-Roma Leipzig Nr. 4609.

Halle-Zeitung

Dreihundfünfzigster Jahrgang.

werden 8. September, 34mm Br. Milli-
meterzeile oder deren Raum mit
20 Pf. berechnet u. in unseren An-
nahmenstellen u. allen Postange-
legten angenommen. Bestellen
die 20 mm Br. Millimeterzeile 60 Pf.
Anzeigen-Annahmeschluss vom.
11 Uhr, für die Sonntags-Abt. abds.
6 Uhr. Abbestellungen, soweit zu-
lässig, müssen schriftlich erfolgen.
Einzelnnummer: 15 Pf. Abbestel-
lung: 1 tag, Sonntags 1 mal. Schrift-
lich u. Haupt-Postamt: Halle,
Neue Promenade 1a, Dr. Braun-
hausch, 17. Neben-Postamt: Halle,
Markt 24 und Große Ulrichstr. 32.

Nr. 464.

Halle, Freitag, den 3. Oktober.

1919.

Neues Ultimatum wegen des Balkiums?

Paris, 2. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Die „Daily Mail“ meldet aus Paris, daß an Deutschland wegen der Räumung des Balkiums gegen Mitte Oktober ein Ultimatum mit dreitägiger Frist ergehen wird.

Aus Mitau melden französische Blätter, daß die letzte Regierung eine Offensive gegen die deutsch-russischen antibolschewistischen Truppen in Russland beschlossen hat. 15 lettische Divisionen seien auf der Front von Döb mit schwerer Artillerie angekommen. Zwei lettische Divisionen, die von der russisch-bolschewistischen Front kamen, befänden sich auf der Straße Döb-Friedrichstadt. Die deutsch-russischen Truppen bereiten sich auf eine Verteidigung vor.

Was ist Noskes Kopf wert?

Berlin, 3. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Die bei den gestrigen Zusammenkünften zwischen Sicherheitspolizei und Streikenden in der Müllerstraße verletzten Personen befinden sich im Rudolf-Virchow-Krankenhaus. Ihr Zustand wird den Umständen entsprechend als gut bezeichnet. Lebensgefahr besteht bei keinem der Verletzten.

Der Abgeordnete Brühl, der in einer der gestern verbotenen Versammlungen verhaftet worden war, ist noch gestern abend freigelassen worden. In den Verhandlungen, die der Arbeitsminister Schlichte im Metallarbeiterstreik neu anzubahnen versuchte, sind bis zur Stunde keine neuen Momente zutage gekommen. Der Sympathiestreik der Metallarbeiter in den Hauptwerkstätten der Großen Berliner Straßenbahn ist nach kurzer Dauer erloschen. Die Arbeiter der ersten Schicht verließen gegen 10 Uhr vormittags die Arbeitsstätten und traten nach ihrer eigenen Angabe in den Sympathiestreik ein. Forderungen irgendwelcher Art wurden nicht gestellt. Die zweite Schicht der Arbeiter trat um 2 1/2 Uhr nachmittags die Arbeit ohne jede Störung an. Heute vormittag ist die gestern streikende Schicht vollständig wieder in den Werkstätten erschienen. Der Betrieb der Straßenbahnen ist also nicht gefährdet.

Die Nummer des „Revolutionären Arbeiters“, die gestern nach Auflösung der Versammlungen des Metallarbeiterverbandes auf den Straßen unter die Teilnehmer verteilt worden ist, brachte außer dem Aufruf an die Arbeiter „Auf die Barrikaden“ auch einen Streikbrief Noskes mit dem Bilde des Ministers. In diesem Streikbrief wird von der kommunistischen Partei Deutschlands eine Prämie von zehn Mark auf den Kopf Noskes ausgesetzt.

„Auf die Barrikaden“.

Berlin, 2. Okt. In den Versammlungen, die sich nach der Auflösung der vom Metallarbeiterverband einberufenen Versammlungen auf den Straßen Berlins gebildet hatten, wurde vielfach das Blatt „Der revolutionäre Arbeiter“ verbreitet, das vom kommunistischen Komitee zur Förderung der Diktatur des Proletariats herausgegeben wird. Das Blatt trägt an seiner Spitze einen Aufruf mit der Ueberschrift: „Auf die Barrikaden“, in dem es heißt:

„Wenn endlich werden wir bereuen, daß Euch solche wirtschaftlichen Streiks nie zum Ziele führen können. Seht die Zeichen von Meiland, denkt an die kleinen Wägen-Bonzen unter Euch. Schlaft sie an, dann die kleinen Wägen. Nicht hermit die Masse vom „wirtschaftlichen Streik“. Wisst, daß alles Politisch ist, und daß nur der politische Massenstreik Euch retten kann. Einmal Reich ein! Einmal Reich! Macht mehr Macht! Ihr zu verlieren, aber alles zu gewinnen. Auf die Barrikaden!“

Aus diesem sozialistischen Aufruf zum blutigen Bürgerkrieg gehen die wahren Absichten der kommunistischen Streikführer klar hervor. Der Berliner Arbeiter wird aus dieser Entfaltung der Pläne der Streikführer erkennen, daß es sich bei der jetzigen Streikbewegung nur um eine Maskierung der kommunistischen Ziele handelt.

Sympathiestreik der Arbeiter der „Großen Berliner“.

Berlin, 2. Okt. Die Arbeiter in den Hauptwerkstätten der Großen Berliner Straßenbahn verließen um 11 Uhr in demonstrativer Weise ihre Arbeitsstätte. Sie erklärten der Direktion, hierdurch ihre Sympathie mit den streikenden Metallarbeitern kundzugeben. Der Streik soll bis morgen früh dauern, falls nicht zu diesem Zeitpunkt eine andere Streikparole ausgegeben werde. Einen Einblick auf den Betrieb der Straßenbahn hat diese Arbeitsniederlegung vorläufig nicht.

Der Reichswirtschaftsminister über den deutschen Handel.

Hamburg, 2. Okt. Hier begann heute die Hamburger Großhandelswoche, an der auch der Reichswirtschaftsminister Schmidt teilnahm, der in längerer Rede über

die Zukunft des deutschen Handels sprach. Die Aufnahme großer ausländischer Kredite zur Beilegung der unaufhörlichen Schwankungen des Marktwerts ist angebahnt. Einseitige Heilung könne aber nur eine internationale Valutaveränderung geführt durch eine internationale Anleihe, bringen. Der Minister stellte die Freigabe der Einfuhr weiterer Rohstoffe in Aussicht und wies dann auf das allmähliche Erwaschen des Produktionswillens im deutschen Volke hin und schloß mit dem Ausdruck der Zuversicht, daß, wenn auch eine an harter Arbeit überreiche Zeit vor uns liege, dann auch eine Zeit des Renaissances, in der der deutsche Handel wieder eine seiner Bedeutung entsprechende Stellung einnehmen werde, kommen werde.

Schwedische Klagen über die deutsche Valuta.

Kopenhagen, 2. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Von schwedischer Seite werden Klagen laut, daß die schwedische Industrie durch den Tiefstand der deutschen Mark stark gefährdet wird. Die deutsche Industrie ist in der Lage, die Preisunterbindung von Wertgegenständen bei gleicher Qualität zu einem Preise zu ermöglichen, der mehr als die Hälfte hinter dem schwedischen Preise zurückbleibt, während die englischen und amerikanischen Fabrikate sich im Preise ungefähr gleich mit den schwedischen stellen. Zufolge dessen wird aus Amerika der Zutritt der Wunschkategorie, die Regierung möge eine Kontrolle über die Einfuhr aus Deutschland einrichten und den Zutritt nur gestatten, sofern die betreffende Ware nicht in Schweden selbst hergestellt wird.

Frankzösische Valuta-Notiz

Genf, 2. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Zur Verbesserung des Rufes des französischen Franken und Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten im Gange, die vor einem günstigen Abschluß stehen sollen. Die amerikanische Regierung hat sich bereit erklärt, die Frankreich gewährten Verträge in langfristige Anleihen umzuwandeln mit Rücksicht der Zinszahlung auf drei Jahre. Das Abkommen bedeutet für Frankreich die Gewährung eines Kredites von 1 1/2 Milliarden Dollar.

Frankreichs Entente-Abkommen.

Paris, 3. Okt. Die Kammer hat die Anträge über die Ratifizierung des militärischen Abkommens zwischen Frankreich, England und Amerika mit 301 Stimmen einstimmig angenommen.

Die Folgen der britischen Streikbewegung

London, 2. Okt. Der Londoner Korrespondent des „Newe Courant“ meldet, ein großer Teil der Welle trachte den Ernst der Lage zu verstehen und das Publikum glauben zu machen, daß nunmehr alle Schmierarbeiten übernommen werden. Jeder vernünftige Mensch sehe aber ein, daß es der reinste Selbstbetrug sei, da die Folgen des Streiks trotz der Bemühungen der Regierung tödlich ärger werden. Die Fabriken schließen wegen Mangels an Steinkohlen und Rohstoffen, und die Streikführer, die jetzt sehen, wie sich entsetzliche Reaktionen und Unruhen ihnen gegenübersetzen, seien die ganze Verantwortung zu übernehmen. Dadurch werde bald der größte Teil der britischen Industrie in den Streik hineingezogen und das Wirtschaftsleben lahm gelegt werden.

Aus New York meldet der „Newe Courant“, daß man in amerikanischen Handelskreisen die Besätze, die die Vereinigten Staaten durch das Stilllegen der Ausfuhr nach England erleiden, auf zehn Millionen Dollar jährlich geschätzt werden.

Neue Unruhen in Ägypten.

Kairo, 2. Okt. Mailänder Blätter erfahren, daß in Ägypten nationalistische Bewegungen zu neuen Unruhen geführt haben. Militär mußte einschreiten und es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Mehrere Teilnehmer an den Demonstrationen wurden verwundet.

Amerikas Botschafter in Brüssel.

Brüssel, 2. Okt. Der „Newe Courant“ meldet aus Washington, daß Brand Whitlock zum amerikanischen Botschafter in Belgien ernannt wurde.

Lenins Stellung fester denn je?

Stockholm, 2. Okt. Der hiesige Vertreter des Sowjet-Russlands Krenschin erklärt die Nachricht vom bevorstehenden Rücktritt der Sowjetregierung für vollständig ungründet. Die Stellung Lenins liefe denn je.

Lynchjustiz in Amerika.

New York, 2. Okt. Der „Newe Courant“ meldet aus New York, daß das Ungehen eines Negers in Omaha einen allgemeinen Ausbruch von Hassen bei der Folge hatte. Aus verschiedenen Städten wurden neue Fälle von Lynchjustiz gemeldet.

Blutige Zusammenstöße in Hoboken.

New York, 2. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Hoboken-Merker meldet, daß in Hoboken streikende Arbeiter einen Straßenbahnwagen, der von Arbeitern der Gesellschaft geführt wurde, angegriffen haben. Es wurden dabei Schüsse abgegeben und 10 Personen verwundet, davon mehrere schwer.

Die Umbildung der Regierung.

Die Umbildung der Regierung ist erfolgt. Die Einigung der Demokraten mit den Sozialdemokraten und dem Zentrum ist vollzogen. Manche Schwierigkeiten waren zu überwinden. Sie zu umgehen, wäre ein schwerer Fehler gewesen. Er hätte das neue Reichsministerium von vornherein in seiner Arbeit nicht wenig behindert. Es war darum richtig, wie auch geschehen ist, diesen Schwierigkeiten offen ins Auge zu treten. Dabei konnte nicht die Rede davon sein, daß ein Partei der anderen hätte Bedingungen aufzulegen wollen. Deshalb ist es auch völlig verfehlt, wenn die „Freiheit“ ihren Leser über das Zustandekommen einer Einigung durch Erdbeben über angeblichen Kuhhandel zu verbergen sucht. Wir alle wissen, daß der Deutschland aufgezwungene Gewaltfrieden nicht von Dauer ist. Da nunmehr natürlich nicht unsere Regierungsparteien einander zu einer Art Gewaltfrieden nötigen, wenn es sich darum handelt, in gemeinsamer gediehliger Arbeit zusammenzuwirken. Niemand möchte es bei den Verhandlungen über die Umbildung die Aufgabe sein, auf dem Boden des alten Regierungsprogramms, auf dem bereits selber die Demokraten zusammen mit den Sozialdemokraten und dem Zentrum in einem Reichsministerium sich zusammengefunden hatten, nachzugeben, inwieweit gewisse sachliche Voraussetzungen zu klären waren. Diese Klärung ist erfolgt und hat dazu geführt, daß die Demokraten sich bereit erklären konnten, in die Reichsregierung wieder einzutreten. Der Eintritt ist erfolgt unter dem höheren Gesichtspunkt einer Verbreiterung der Regierungsbasis zum Schutz und zur Durchführung der gemeinsam beschlossenen Reichsverfassung gegenüber denjenigen Elementen rechts und links, welche das durch die Verfassung geschaffene, alle Volksteile umschließende gemeinsame Band lieber heute als morgen wieder zerschneiden möchten. Die Ueberzeugung von der Notwendigkeit dieser Abwehr und dieses Schutzes erwies sich als hart genug, um die verschiedenen Parteianschauungen zum Zweck gemeinsamen Zusammenwirkens einander zu nähern.

Wenigerwert für die Kenntnis der Vorgeschichte der Umbildung der Reichsregierung ist die Besichtigung des Abg. Konrad Haackmann im „Berl. Tagbl.“, der die Reichsminister in der Reichsversammlung über die Rekonstruktion der Regierung ansprach und hat, daß er „den Eintritt der demokratischen Mitglieder in die Regierung gern sehen“ würde.

Ueber Grund und Lage für den Wiedereintritt in das Parlament berichtet Abg. Haackmann im „Berl. Tagbl.“:

Die anderen Parteien wollen das Amt des Vizekanzlers, der an der Leitung der Geschäfte mitbeteiligt ist, einem demokratischen Minister übertragen. Die demokratischen Minister werden nicht bloß die schwebenden Geleise möglichst nützlich zu gestalten haben, sie werden mit ihren Kollegen auch darin einig sein, daß die wirtschaftlichen Maßregeln planmäßig, rechtzeitig und rasch ergriffen werden, daß den Wirtschaften auf dem Grund gegangen und daß zusammenhängend reguliert wird. Alle Anzeichen von Korruption im Volk oder Verwaltung müssen aufs strengste beobachtet und bekämpft werden. Dem Arbeitswillen faul in den Leitungsgewaltigen und obligatorischen Sachverständigen, insbesondere bei gemeinnützigen Betrieben, ein Schutz und Rückhalt gegeben werden. Der Terror muß im Rechtsstaat als politische Verwerflichkeit behandelt werden. Die Ausnahmeverordnungen müssen beschleunigt abgeändert werden. Die Ausführung des Friedensvertrages braucht eine besondere, sichere und feste Hand. Aber noch anderes wird nötig sein. Es wird die auswärtige Politik, je stärker ihre Kommunikation sind, je plumper die herrliche und kurzweilige Staatskunst der Gegner ist, die den Krieg mit anderen Mitteln fortsetzen, um so einseitiger, überlegter und konstanter in den Grundgedanken und ihren notwendigen Akten sein müssen. Es wird die neue zwischen Regierung und Nationalversammlung noch darüber werden müssen. Die Regierungsparteien müssen durch Manneswert beweisen, daß sie nicht in die Formen eines überkommenen Systems aus Gewohnheit oder Agitationsbedürfnis zurückfallen, und auch ihre Preise muß die politische Maritimitätprüfung noch bestehen. Endlich aber: Die Menschen, die Staatsbürger, die Wähler müssen trotz der bittersten politischen Zeit, die sich im Winter noch verschlimmern wird, trotz der übermäßigen, in der wirtschaftlichen Notlage und dem übermäßigen staatlichen Zwang begründeten Anreize zum Egoismus, in das Staatsinteresse möglichst einbezogen werden. Auch unter diesem Gesichtspunkt erscheint es richtig, die Neuwahlen bald in August zu lassen, um die Wähler zur eigenen Stellungnahme anzurufen. Innerpolitisch beginnt ein Aufbruch, der in der ganzen Entwicklung vorbereitet ist, der nicht an dem tragischen Ernst der Gesamtlage endet und der an den guten Willen, die Geduld und Selbstkritik, die Wachsamkeit und die Tätigkeit aller Volksteile der Mehrheit die höchsten Anforderungen stellt.

Wie sich die neue Reichsregierung im einzelnen zusammenzusetzen wird, stand am Donnerstag nachmittag noch nicht fest. Darüber be-

